

## ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das

Präsidium des Nationalrates

Parlament

1010 Wien

Schriftl. GESETZENTWURF	
Z:	38 - GE 28
Datum:	- 5. JULI 1989
Verteilt:	7789

WIEN, I.,  
WEIHBURGASSE 10 - 12  
POSTANSCHRIFT:  
POSTFACH 213  
1011 WIEN

*L. Jazek*

Unser Zeichen

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Wien

30. Juni 1989

Dr. D/Hu/1400/89

Betrifft:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz und das  
Hausbesorgergesetz geändert werden - Stellungnahme der Österreichischen  
Ärztelammer

Die Österreichische Ärztekammer erlaubt sich in der Anlage 25  
Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zu o.a. Gesetzesentwurf zu übersenden.

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme wurde dem Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales übermittelt.



Hochachtung

*Dr. Michael Neumann*  
PräsidentAnlagen

# ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das

Bundesministerium für Arbeit und  
Soziales

Stubenring 1

1010 Wien

WIEN, I.,  
WEIHBURGASSE 10 - 12  
POSTANSCHRIFT:  
POSTFACH 213  
1011 WIEN

Unser Zeichen

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Wien

30. Juni 1989

Dr.D/Hu/1400/89

2. Mai 1989

31.251/54-V/2/1989

Betrifft:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz und  
das Hausbesorgergesetz geändert werden - Stellungnahme der Österr. Ärztekammer

Die Österreichische Ärztekammer erlaubt sich zum vorliegenden  
Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Österreichische Ärztekammer begrüßt grundsätzlich die in §10a Abs.1  
des vorliegenden Entwurfes zur Novellierung des Mutterschutzgesetzes  
vorgesehene Ablaufhemmung für auf bestimmte Zeit abgeschlossene Dienst-  
verhältnisse von der Meldung der Schwangerschaft bis zum Ablauf der Frist  
gemäß § 10 Abs.1 Mutterschutzgesetz.

Bedenken müssen jedoch gegen die Formulierung geäußert werden, daß die  
Ablaufhemmung unter anderem durch eine sachlich gerechtfertigte Befristung  
des Dienstverhältnisses außer Kraft gesetzt wird. Hier ist nach Ansicht der  
Österreichischen Ärztekammer besonders § 10a Abs.2 hervorzuheben, der u.a.  
besagt, daß eine sachliche Rechtfertigung der Befristung des Dienstverhältnisses  
jedenfalls dann vorliegt, wenn das Dienstverhältnis zu Ausbildungszwecken  
eingegangen wurde.

Diese Formulierung bedeutet eine eklatante Benachteiligung aller in Ausbildung  
stehenden Ärztinnen. Wir dürfen darauf hinweisen, daß die Absolvierung der  
dreijährigen bzw. sechsjährigen postpromotionellen Ausbildung nach dem Ärzte-  
gesetz unabdingbare Voraussetzung für die Erlangung der selbständigen Berufs-  
berechtigung als praktischer Arzt bzw. Facharzt ist. Da somit nach unserer  
Ansicht in diesem Fall keineswegs von einer sachlichen Rechtfertigung des  
Ausschlusses der Ablaufhemmung gesprochen werden kann, stößt diese Formulierung

bitte wenden!

-2-

auf vehemente Ablehnung durch die Österreichische Ärztekammer.

Die Österreichische Ärztekammer fordert daher die ausdrückliche Ausnahme der in Ausbildung zum praktischen Arzt bzw. Facharzt stehenden Ärztinnen aus der Bestimmung des § 10a Abs.2.

Die Österreichische Ärztekammer hofft, daß eine Änderung des § 10a Abs.2 im Sinne dieser Ausführungen erfolgen wird und verbleibt mit

dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung



*[Signature]*  
Prof. Dr. Michael Neumann  
Präsident

PS: 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.